

Ausgewachsen!

Nachdenken über eine solidarische Postwachstumsökonomie

Denkhorizonte ermöglichen

Weder die Finanzkrise mit ihren massiven Verteilungswirkungen noch die Hungerkrise, offensichtlich ein Ausdruck des vollständigen Scheiterns der Millenniumsentwicklungsziele, haben zu einem breiten Aufbegehren geführt. Auch im Bereich der ökologischen Krisen sieht es nicht besser aus. So droht ein Klimawandel mit katastrophalen Auswirkungen. Die internationale Klimapolitik gibt angesichts dessen ein jämmerliches Bild ab. Und dennoch treibt das nirgendwo auf der Welt Menschen massenhaft auf die Straße. Herrscht ein Mangel an Utopie?

Es scheint, als hätten Gerhard Schröder und Margaret Thatcher doch recht, wenn sie betonen: „Es gibt keine Alternative.“ 1992 verkündete Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“ und meinte damit, dass alle zukünftigen Auseinandersetzungen nur noch solche um die Gestaltung des Bestehenden sein könnten.

Doch herrscht tatsächlich ein Mangel an Utopie oder haben wir nur nicht gelernt, richtig hinzuschauen? Schon im ersten Band des *Kapital* hatte Karl Marx dieses Phänomen beschrieben, als er auf das Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einging: der so genannten Zeit der Reaktion. Er sagte, was politisch wie Totenstille ausgesehen habe, sei in Wirklichkeit eine Zeit gewesen, in der „China und die Tische anfangen zu tanzen“. Die augenblickliche Überlegenheit der Kräfte des Bestehenden fand ihre Antwort an anderem Ort (in China) und in anderen Formen (dem privaten Rückzug in esoterisches Tischrücken, das dann spätestens 1848 einer breiten revolutionären Bewegung überall in Europa nicht entgegenstand). Also, wo ist heute „China“ und wo sind „die Tische“?

Wer heute, im März 2011, diese Frage stellt, wird automatisch auf die Umstürze und Aufstände in den arabischen Ländern verwiesen. Wer hätte solche Veränderungen vor einem halben Jahr für möglich gehalten? Und zeigt nicht in Deutschland Stuttgart 21, dass auch der private Rückzug jederzeit in Massenprotest umschlagen kann, wenn die Bedingungen gegeben sind? Und wer könnte noch übersehen, dass in Japan die dramatische und tragische Bewegung der Natur ein ähnliches Erdbeben auch in der Politik auslösen könnte – und müsste?

Wir glauben also nicht an einen Mangel an utopischem Denken und auch nicht an fehlende Alternativen. Aber es stellt sich dennoch die Frage, wie eine Bewegung aussehen könnte, die diese Alternativen erkämpft. Denn darin besteht eine erste Gemeinsamkeit der Beiträge in diesem Band: Bei aller Unterschiedlichkeit und teilweise Widersprüchlichkeit im Einzelnen gehen sie alle davon aus, dass der Weg in eine Postwachstumsökonomie angesichts der sozialen und ökologischen Grenzen des Wirtschaftens nicht nur notwendig, sondern unvermeidlich ist. Eine Postwachstumsgesellschaft wird entstehen, die Frage ist nur welche? Daher eint die Beiträge die Überzeugung, dass eine solidarische Postwachstumsökonomie erkämpft werden muss. Anders als andere Strömungen der Wachstumskritik verstehen wir sie als ein linkes, kämpferisches, viele von uns würden sagen antikapitalistisches, Projekt.

Im Horizont einer Ökonomie jenseits des Wachstums geht es uns darum, deutlich zu machen, dass das Wirtschaftswachstum nicht die Lösung, sondern eine der Ursachen der weltweiten Probleme ist.

Warum wir über Postwachstum nachdenken

Wenn wir dies behaupten, dann haben wir vier Fragen im Blick, die von unterschiedlichen AutorInnen auch verschieden beantwortet werden: *Erstens*, ob Wachstum, wie wir es kennen, noch technisch möglich ist. De facto sind die Industrieländer in den vergangenen Jahren im Sinne des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht mehr wirklich gewachsen. Dies hat nicht nur mit den ökologischen, sondern auch mit den immanenten ökonomischen bzw. sozialen und menschlichen Grenzen zu tun. Darüber hinaus geht es aber *zweitens* auch um die Frage, ob unter der Perspektive der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit Wachstum noch vertretbar ist. In den Blick rücken hier also die Nachhaltigkeit bzw. unsere Verpflichtungen künftigen Generationen gegenüber (intergenerationell) und die der Konsequenzen des Klimawandels weltweit vor allem im globalen Süden (intragenerationell).

Insbesondere in Südeuropa stellt die Wachstumskritik *drittens* vor allem die Frage, ob der Wachstumspfad mit all seinen Konsequenzen überhaupt wünschenswert sein kann und ob unter partizipatorischen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger diesen Pfad für sinnvoll erachten. Hier geht es um die Frage, wie wir als Gesellschaft leben wollen. Und schließlich ist *viertens* zu fragen, wer überhaupt „wir“ ist bzw. wer an dieser Diskussion beteiligt ist, wer eine Stimme hat, wer bestimmt, wo es lang geht. Dies betrifft auch Fragen der Genderparität (siehe die Besetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages, an der Frauen als Expertinnen nicht beteiligt sind), aber auch, ob Stimmen aus dem globalen Süden Gehör finden und die Wachstumdiskussion nicht nur im globalen Norden stattfindet. Und bestimmen schließlich TechnikerInnen (etwa ÖkonomInnen, die neue Indikatoren anstelle des BIP entwickeln) den Diskurs oder findet eine breite Diskussion in der Gesellschaft statt?

Die herrschende wie die reformistische Debatte dreht sich aktuell im Wesentlichen darum, wie es vermieden werden könnte, Wachstum infrage zu stellen. Überlegt wird, wie ein nachhaltiges, ökologisches oder soziales Wachstum aussehen könnte. Insbesondere die Vorschläge für den Umbau der Industrie- zu Dienstleistungsgesellschaften und für einen so genannten *Green New Deal* haben dabei an Prominenz gewonnen. Grundlage für den Vorschlag des *Green New Deal* ist die Idee, das Wirtschaftswachstum könne vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden, d.h. durch die Erfindung immer effizienterer Technologien könnte weiterhin mehr produziert werden, während weniger Rohstoffe verbraucht werden und weniger Müll und Schadstoffe entstehen. Diese Effizienzsteigerung der Technologie – der Kern der Industrialisierung – war aber nur möglich durch eine im Prinzip grenzenlose Energiezufuhr aus fossilen Rohstoffen. Auch fand trotz Effizienzsteigerung in den vergangenen Jahrzehnten immer ein in absoluten Zahlen erhöhter Verbrauch von Ressourcen statt – durch den so genannten Reboundeffekt.

Das „Mehr!“ als Kern des Wachstumsfetischismus wird so auch bei einem *Green New Deal* nicht infrage gestellt. Dies zeigt sich zum Beispiel am Bundestagswahlkampf 2009: Statt etwa den sozial-ökologischen Umbau der krisengeschüttelten Autoindustrie forderten die Grünen mehr neue Autos – eine Millionen Elektroautos sollten bis 2020 gebaut werden. Es spricht nichts dagegen, Windräder und Solaranlagen zu bauen und die Energieeffizienz zu steigern. Doch führt die Produktion von Millionen neuer Solaranlagen und Autos wirklich dazu, dass weniger verbraucht wird? Nur wenn der Anteil der erneuerbaren Energien irgendwann bei 100% liegen würde, gäbe es keine Kohle- und Atomkraftwerke mehr. Doch wer glaubt, dass mehr Solaranlagen automatisch weniger Kohlekraftwerke bedeuten, geht davon aus, dass Substitution stattfindet und die erneuerbare Energie nicht zusätzlich konsumiert wird. Kann daher ein Mehr an Solaranlagen der richtige Weg zu einer Welt jenseits fossiler und atomarer Energie sein? Oder muss nicht auch über das Weniger gesprochen und dafür gekämpft werden?

Die Lösung des Problems kann indes auch nicht darin bestehen, dass die Wirtschaft einfach innerhalb des bestehenden Systems schrumpft. Denn eine solche Schrumpfung – innerhalb der kapitalistischen Logik als Rezession bekannt – geht immer zulasten der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft und ist außerdem eine unfreiwillige Schrumpfung, die von den Menschen als Unglück empfunden wird. Es ist ein rhetorischer Kniff, dieses Unglück einfach als Glück zu deuten, indem einige Werte umgewertet werden. Die Menschen haben ein feines Gefühl für ihre reale materielle Benachteiligung. Solange versucht wird, dieses zu korrumpieren und damit die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kämpfe zu negieren, wird Wachstumskritik weder eine massenhafte Zustimmung noch eine Durchsetzungsperspektive gewinnen.

Dies ist eine zweite entscheidende Gemeinsamkeit der Beiträge dieses Bandes: Wachstumskritik aus

einer linken Perspektive ist mehr als ein Schrumpfungsausschrei. Um dies deutlich zu machen, ist es an dieser Stelle unumgänglich, die aktuell kursierenden Spielarten der Wachstumskritik kurz kritisch zu beschreiben.

Unterschiedliche Richtungen der Wachstumskritik

Trotz gemeinsamer Überzeugungen bewegen sich die Kritik und die Lösungsansätze dieses Bandes in einem breiten Feld unterschiedlicher wachstumskritischer Positionen. Schon seit Beginn der Industrialisierung gibt es eine große Bandbreite an Kritik am Wachstum, die häufig auch reaktionäre Züge trug. Der erste Zyklus moderner Wachstumskritik entstand jedoch erst in den 1970er Jahren in Reaktion auf das seit der Nachkriegszeit dominant gewordene Wachstumsparadigma der OECD-Staaten. Das BIP wurde in den 30er-Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise entwickelt, um einen vergleichenden Maßstab für wirtschaftliche Auf- und Abentwicklungen zu erlangen. Im Rahmen der Systemkonkurrenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten wurde es zur absoluten Messgröße für Wohlstand und Fortschritt erhoben. Auch die neu gegründete Weltbank übernahm den Fetisch BIPWachstum als Ziel für die „Entwicklung“ der Länder des Südens. Für die Weltöffentlichkeit hörbar formulierte der Bericht an den Club of Rome im Jahr 1972 erstmals, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien und ein Weiterwirtschaften wie bisher die Zerstörung des Planeten riskiere. Seit dieser ersten intensiven Wachstumsdiskussion, bei der es vor allem um *Kritik am Wachstum* ging, gab es diverse Konjunkturen wachstumskritischer Diskussionen, die bis in die Gegenwart reichen. Seit einigen Jahren jedoch, verstärkt durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ab 2007, gibt es eine neue Diskussionswelle, bei der das Verhältnis von Produktions- und Lebensweise zur natürlichen Umwelt neu betrachtet wird. Diese Diskussionen können grob in fünf Richtungen eingeteilt werden.

1. Eine auf die Weiterentwicklung des BIP fokussierte Wachstumskritik wird in vielen europäischen Ländern von prominenten beratenden Regierungsgremien diskutiert. Die generelle Ausrichtung ist dabei auf vorgeblich bessere, soziale oder nachhaltige Wachstumsmodelle gerichtet sowie auf die Entwicklung alternativer Wohlstandsindikatoren.
2. Konservative Wachstumskritik verbindet ökologisch begründete wachstumskritische Argumente mit altbekannten konservativen Positionen wie: »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt« oder „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“. Wachstumskritik wird auf diesem Wege zum Rechtfertigungsinstrument und Hebel von Sozialabbau und ist ein konservatives politisches Projekt: Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse, Verarmung und Überflüssigmachen großer Bevölkerungsteile und eine Kultur der Abhängigkeit und Almosen (vgl. hierzu Miegel 2010; www.denkwerkzukunft.de).
3. Eine liberale, sozialreformerische und den Umweltverbänden nahestehende Wachstumskritik wurde kürzlich eindrücklich im Sammelband *Postwachstumsgesellschaft* von Irmi Seidel und Angelika Zahrt vorgelegt. Wachstumskritik ist hier strukturkonservativ gedacht. Es geht nicht um eine grundlegende Transformation, die umfassend gesellschaftliche Probleme in den Blick nimmt, sondern um Wachstumsunabhängigkeit (vgl. Seidel/Zahrt 2010; www.postwachstum.de).
4. Im Windschatten der Kämpfe gegen die neoliberale Globalisierung im Laufe der letzten Jahre entstanden unter dem Motto *décroissance* Bewegungen in Frankreich, Italien und Spanien, die vor allem auf Alternativen zu Wachstum und Kapitalismus abzielen. Der Begriff *décroissance* (*degrowth*, Entwachstum) hat sich im Zuge einer vielfältigen und immer stärkeren sozialen Bewegung in den letzten fünf Jahren zunächst vor allem in Frankreich etabliert. Eine Reihe von elektronischen Rundschreiben, Zeitschriften und Internetforen weisen auf eine lebhaft grenzüberschreitende Diskussion hin, die im April 2008 in die erste internationale *Décroissance*-Konferenz mündete. An dieser nahmen neben VertreterInnen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und sozialer Gruppen auch WissenschaftlerInnen aus diversen Disziplinen teil. Die *Décroissance*-Bewegung weist eine Mannigfaltigkeit auf, die nicht ohne Spannungen bleibt. Dieses Konzept attackiert grundsätzlich die Vorstellung einer wachstumsbasierten profitgetriebenen Ökonomie. Es skizziert eine radikal-demokratische,

egalitäre Vision einer zunächst substanziell schrumpfenden und sich später stabilisierenden Wirtschaft (*steady state economy*). Die Begrenztheit der Natur wird nicht als Problem technischen Umweltschutzes, sondern als Frage sozial-ökologischer Transformation begriffen.

5. Auf dem Weltsozialforum 2009 in Belém trugen vor allem indigene Gruppen das Konzept des *Buen Vivir* vor, das sich mittlerweile in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens findet. Es betont vor allem die Notwendigkeit einer grundsätzlich anderen Entwicklungspolitik für die Länder des globalen Südens. Ziel soll nicht die Übernahme kapitalistischer wachstumsorientierter Modelle des Nordens sein, sondern eine eigenständige Konzeption des Guten Lebens, die auf Gemeingütern, Geschlechtergerechtigkeit und Partizipation aller Gruppen einer Gesellschaft beruht und der Natur umfassende Rechte als eigenem Rechtssubjekt einräumt. Dennoch ist das Konzept kein rein lateinamerikanisches oder gar indigenes, sondern mit vielen gleichgerichteten Überlegungen weltweit eng verbunden. In Deutschland sehen sich die Debatten um Globale Soziale Rechte und All gemeingüter sowie Teile der Grundeinkommensbewegung in diesem Zusammenhang.

Postwachstumsökonomie – ein umstrittenes Feld

Dieser Sammelband ist ein erster Versuch, aus einer globalisierungskritischen Perspektive Beiträge für eine Debatte um eine Postwachstumsökonomie zu versammeln. Sie spiegeln die Mannigfaltigkeit der Debatte auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung wider, die sich seit ihrer Gründung vor über zehn Jahren als heterogenes Projekt verstanden hat. Wir wollen die Widersprüche nicht negieren oder allzu schnell in einem gemeinsamen Dritten aufheben. Es geht uns hier auch darum, sie auszuhalten und untereinander diskutierbar zu machen. Wir wollen, und dies ist ein drittes Kennzeichen dieses Buches, keine in sich konsistente Position darstellen, sondern daran arbeiten, die vielen verborgenen und bisher nicht oder nicht an prominentem Ort ausgesprochenen klugen Überlegungen zum Thema sichtbar zu machen und zu einer gemeinsamen Diskussion einladen; dabei werden nicht nur Unterschiede und Gemeinsamkeiten klarer, sondern können sich auch mögliche Überlappungsregionen für Konsensprozesse, gemeinsame Aktionen sowie strategische Kooperationen entfalten.

Dem steht keineswegs entgegen, dass einzelne AutorInnen unterschiedliche und sich teils widersprechende Positionen und strategische Ansatzpunkte für einen Einstieg in eine Postwachstumsökonomie benennen. Wir sehen die Perspektive auf Wachstum bzw. Wachstumsrücknahme durchaus als Möglichkeit, diesen heterogenen Perspektiven gewissermaßen einen gemeinsamen Fluchtpunkt zu bieten. Mit dem im Mai 2011 stattfindenden Kongress „Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben“ soll die im obigen Abschnitt vorgestellte Diskussion um *degrowth/décroissance* nach Deutschland geholt werden – allerdings mit einem spezifisch linken Schwerpunkt, der vor allem darin besteht, soziale und ökologische Fragen eng zu verzahnen und nicht künstlich zu trennen.

Einige Schlüsselfragen des Diskussionsfeldes, das sich um die Themen Wachstumskritik, Postwachstum, ökologische Gerechtigkeit und gutes Leben gruppiert, wollen wir hier kurz anreißen. Zentral ist die Frage nach dem *Zusammenhang zwischen Wachstum des BIP und kapitalistischer Ökonomie*: Muss der Kapitalismus notwendigerweise wachsen, ist eine Ökonomie jenseits des Wachstums als kapitalistische Ökonomie denkbar und wünschenswert oder weist Postwachstum über den Kapitalismus hinaus? Während Eckhard Stratmann-Mertens es für zentral hält, bereits innerhalb der kapitalistischen Ökonomie einen Schrumpfungsprozess voranzubringen und dazu Vorschläge ausarbeitet, kritisieren Andreas Exner und Christian Lauk sowie Werner Rätz et al. diese Herangehensweise und ihre sozialen Folgen. Alexis Passadakis und Matthias Schmelzer versuchen konkrete Übergänge zu denken, die innerhalb des Kapitalismus ansetzen, jedoch aus ihrer eigenen Logik heraus darüber hinausweisen. Und andere AutorInnen skizzieren Alternativen, die unterschiedliche Gesellschaftsbereiche der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen (Friederike Habermann).

Eine andere, dazu querliegende Kontroverse dreht sich um die Frage, *auf welcher Ebene politische Strategien für eine Postwachstumsökonomie ansetzen* sollten. Einige AutorInnen stellen die globale

Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt und fordern, dass BürgerInnen des globalen Nordens weniger konsumieren (Suffizienz, von lat. *sufficere* – ausreichen). Der Ansatzpunkt liegt hier auf der individuellen Ebene; durch Selbstbegrenzung und Verzicht oder durch gesellschaftliche Maßnahmen soll der individuelle Konsum auf ein ökologisch verträgliches Maß reduziert werden (Stratmann-Mertens). Demgegenüber argumentieren andere, dass der strategische Ansatzpunkt nicht auf der individuellen, sondern der gesellschaftlichen Ebene liegen sollte. So vereint die Beiträge von Werner Rätz et al. und Uta von Winterfeld in diesem Band die Auffassung, dass die Lösung nicht darin bestehen kann, ein individuelles Bescheiden um den Preis der Verringerung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu fordern.

Ein dritter, damit zusammenhängender Fragenkomplex beschäftigt sich mit dem *konkreten Hebel, durch den eine Reduktion der gesellschaftlichen Produktion bewirkt* werden könnte. Hierzu gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Ansatzpunkten, die sich stark unterscheiden in Bezug auf ihre ökologischen Einsparpotenziale, ihre Umsetzungsmöglichkeiten und ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Rätz et al. Fordern beispielsweise, dass zuerst nur Destruktivtechnologien auslaufen sollten, Mohssen Massarrat und Frigga Haug fokussieren auf eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Exner/Lauk fordern eine zunehmende Demonetarisierung gesellschaftlicher Bereiche, Habermann plädiert für eine Ausdehnung von Projekten solidarischer Ökonomie, Peer-to-Peer-Produktion und der Gemeingüter und Passadakis/Schmelzer halten die gesellschaftliche Kontrolle von Investitionen für den zentralen Ansatzpunkt.

Schließlich unterscheiden sich die Einschätzungen bezüglich der *Notwendigkeit einer spezifisch wachstumskritischen und auf Postwachstum abzielenden Alternative*.

Einige Beiträge verdeutlichen, dass zahlreiche Alternativen zum bestehenden neoliberalen Kapitalismus quasi als Nebenprodukt bereits eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum bedeuten würden. So beispielsweise das von Adelheid Biesecker vorgeschlagene Vorsorgende Wirtschaften, die von Frigga Haug geforderte radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei gleichzeitiger Umverteilung der übrigen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten oder der von Friederike Habermann beschriebene Ausbau von Gemeingütern und gemeinschaftlicher (Peerto-Peer)Produktion. Andere AutorInnen hingegen argumentieren, dass die ökologischen und sozialen Krisen der Gegenwart einen besonderen Fokus auf die Abkehr vom Wachstum notwendig machen. Bisher wenig diskutierte oder nicht in dieser Weise zusammen gedachte Alternativkonzepte für eine Postwachstumsökonomie seien dringend angesagt und nicht automatisches Nebenprodukt anderer Ansätze.

Was bringt's? Wer tut's? Was jetzt?

In vielen Ländern der Europäischen Union tagte bzw. tagt eine Kommission, die Alternativen zum BIP als zentralem Indikator für eine gelingende Volkswirtschaft diskutiert. Falls das BIP als zentrale Messgröße tatsächlich abgelöst würde, würde damit auch die Orientierung am Wirtschaftswachstum als alleinigem Maßstab abgemildert und je nach Indikator würden auch die Verteilung des Wohlstands und Umweltzerstörungen berücksichtigt. Damit wäre auf der einen Seite viel gewonnen.

Auf der anderen Seite würde der Versuch, so vielfältige, heterogene und umstrittene Qualitäten einer Gesellschaftsentwicklung wie Wohlstand, gutes Leben, Verteilungsgerechtigkeit, Naturschutz und vieles mehr in einem einzigen Indikator abbilden zu wollen, zwangsläufig dazu führen, dass die unbedingt notwendige Debatte über solche Fragen eher gebremst würde. Absehbar negatives Ergebnis wäre eine technokratische Politik, bei der uns Experten sagen, ob die Entwicklung in die richtige Richtung geht.

Die Idee einer solidarischen Postwachstumsökonomie als gemeinsame linke politische Perspektive erfordert ein hohes Maß an demokratischer Mitbestimmung und eine Stärkung der Zivilgesellschaft als kreativem und partizipatorischem Ort der Zukunftsgestaltung. Und es darf nicht darum gehen, bloß eine Schrumpfung der Wirtschaft innerhalb der bestehenden Strukturen anzustreben. Eine der größten Gefahren einer stagnierenden Ökonomie wäre ein politischer Deregulierungspfad.

So wäre es fatal, den öffentlich finanzierten Dienstleistungssektor zugunsten von alten Mustern von Pflege und Fürsorge innerhalb der Familie drastisch zu kürzen, statt durch Umverteilungsmaßnahmen und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Strukturen (Genossenschaften, Vereine etc.) Grundlagen für ein gutes Leben zu gewährleisten und somit auch im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu handeln.

Auf dem Weg zu einer solidarischen Ökonomie jenseits des Wachstums bieten sich für das Attac-Netzwerk zahlreiche Anknüpfungspunkte bei Bewegungsstrukturen, wie sie in den vergangenen Jahren in Südeuropa entstanden sind: Mit *décroissance*, *decrecimiento* oder *decrecита* benennen sie ihre Alternativen, die sich stark auf Konzepte von solidarischer Ökonomie und lokalen Wirtschaftskreisläufen (Glokalisierung) beziehen. Doch ist auch diese Anlehnung mit Gefahren verbunden. So ist die Fokussierung auf die Kategorie des Lokalen bzw. des Territoriums Bestandteil dieser Auffassungen. Obwohl der Begriff des Lokalen nicht immer mit geografischen Eingrenzungen und der Autonomie lokaler Gemeinden verbunden ist, ertönt in vielen der Vorschläge das Risiko von kirchturmpolitischen Lokalismen in der schlimmsten Tradition eines konservativen Kommunitarismus. Utopische Vorstellungen bergen die Gefahr ideologischer Fixierungen auf Ausschlusskriterien, bis hin zu totalitären Folgen.

Die Gestaltung des Wandels hin zu einer Postwachstumsgesellschaft ist deshalb eine große Herausforderung. Diese bedarf einer mutigen Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen und der aktiven Beteiligung aller Betroffenen in Prozessen der Entscheidungsfindung. In diesem Sinne lassen sich viele bisherige Attac-Aktivitäten als soziale Kämpfe verstehen, die die grundlegende soziale Infrastruktur für eine Transformation zu einer regionalisierteren demokratischen Ökonomie verteidigen oder eine solche schaffen. Diese wiederum kann der Ausgangspunkt für einen solidarischen Übergang zu einem Wirtschaften ohne Wachstum sein. Weil es nicht den einen umzulegenden Hebel gibt, um eine Postwachstumsökonomie zu realisieren, sind viele Projekte der globalisierungskritischen Bewegungen in den vergangenen Jahren notwendige Schritte, um die erforderlichen Handlungsspielräume – insbesondere demokratische Kontrollmöglichkeiten – zu erlangen. Dazu gehört die Entmachtung der Finanzmärkte und ein demokratisches Bankensystem, ein umverteilendes Steuersystem, Ernährungssouveränität, ein Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Energiedemokratie.

Mit dem Titel „Ausgewachsen!“ wollen wir einerseits deutlich machen, dass es tatsächlich keine Alternative zum Ausstieg aus dem Wirtschaftswachstum gibt. Das Ende des unbegrenzten Wachstums auf einem endlichen Planeten kommt, es geht lediglich darum, ob es katastrophisch hereinbricht oder politisch bewusst gestaltet wird. Der Titel ist aber gleichzeitig auch eine Kampfansage an alle Strömungen, die ihre Interessen und ihre Zukunft an das Wachstum binden, im Sinne eines: „Eure Zeit ist abgelaufen!“